

Basel Stadt Land Region

Euro-Airport im Takt der Bombendrohungen

145 Flüge annulliert Dreimal Bombenalarm, dreimal Evakuierung: Am Flughafen herrscht eine neue Bedrohungslage. Was heisst das für Passagiere? Wie geht es weiter? Die wichtigsten Antworten.

Simon Bordier und
Andrea Schuhmacher

— Was ist los?

In der Region Paris wurden Mitte Oktober der Louvre und das Schloss Versailles bei Paris wegen Bombendrohungen geräumt. Seitdem kam es landesweit zu Dutzenden ähnlicher Szenarien. Betroffen sind auch Flughäfen und Schulen. Der Basler Flughafen, der auf französischem Territorium liegt, hat seither drei Bombendrohungen und entsprechende Evakuierungen hinter sich. Seit gut einer Woche häufen sich die Fälle auch an deutschen Schulen, Bahnhöfen, beim ZDF. Die Schweiz ist – bis auf den Euro-Airport – bisher weitgehend verschont geblieben.

— Wie viele Flüge wurden gestrichen?

Aufgrund der Drohungen vom 19., 20. und 24. Oktober mussten insgesamt 145 Flüge zum und vom Euro-Airport annulliert werden. Das schreibt die Flughafensprecherin Manuela Witzig auf Anfrage. Zudem wurden 15 Flüge umgeleitet.

Die finanziellen Einbussen für den Flughafen können noch nicht beziffert werden. Tausende Passagiere strandeten in Basel.

— Was passiert mit den Fluggästen?

Insbesondere nach der ersten Bombendrohung am Donnerstag letzter Woche kam es zu teils chaotischen Zuständen vor dem Terminal. Passagiere beklagten sich über mangelnde Verpflegungsmöglichkeiten und fehlende sanitäre Anlagen im Freien.

Gemäss Manuela Witzig hat man die Evakuierten am Freitag und Montag besser betreuen können: «So wurden zum Beispiel Toiletten vor dem Flughafengebäude aufgestellt, und Verpflegung, Decken etc. konnten rascher verteilt werden.» Es sei auch ein Busservice zu einem Gebäude ausserhalb des Flughafengeländes organisiert worden, wo die Passagiere warten konnten und verpflegt wurden.

— Flug gestrichen – kriege ich mein Geld zurück?

Im Grunde genommen, ja. Auf eine pauschale Kompensation habe man zwar kein Anrecht, sagt der Experte für Fluggastrechte Simon Sommer gegenüber «20 Minuten». Aber eine kostenlose Umbuchung oder die volle Rückerstattung des Ticketpreises sollte von der Fluglinie gewährleistet sein. Das bestätigt auf Anfrage auch Easyjet.

— Wie muss ich dabei vorgehen?

Ihr Ansprechpartner ist Ihre Fluggesellschaft. In der Regel meldet sich diese bei Ihnen innert nützlicher Frist. Gemäss einem Mediensprecher von Easyjet sind sämtliche Passagiere der betroffenen Flüge per SMS oder E-Mail kontaktiert worden. Sind Sie aufgrund Ihres stornierten



Bombendrohung am Basler Flughafen am 19. Oktober: Die finanziellen Einbussen können noch nicht beziffert werden. Foto: Pino Covino

Fluges in einer fremden Stadt gestrandet, zahlt die Fluggesellschaft Ihr Hotelzimmer und die Grundverpflegung. Wenn Sie sich selbst darum kümmern müssen, können Sie das Geld nachträglich bei der Fluggesellschaft einfordern.

— Warum trifft es Frankreich so stark?

Das Land ist nach dem Attentat vom 13. Oktober in der nordfranzösischen Stadt Arras in erhöhter Alarmbereitschaft. An dem Tag hatte der 20-jährige Mohammed M., der sich zum Islamischen Staat bekannte, seinen ehemaligen Lehrer Dominique Bernard ermordet und drei Personen verletzt. In der Folge wurde die höchste Terrorwarnstufe «urgence attentat» ausgerufen.

Wegen des Krieges im Nahen Osten, der damit einhergehenden Spannungen im Westen sowie eines weiteren Attentats in Brüssel sind die Behörden wachsam. Die Urheber der Bombendrohungen nutzen die angespannte Lage aus, um zusätzlich Chaos zu stiften.

— Muss man die Drohungen ernst nehmen?

Bisher handelte es sich stets um Fehlalarme. In den Kommentarspalten dieser Zeitung wurden nach den Fällen am Euro-Airport Zweifel folgender Art laut: Wenn

Offen ist, ob das Hauptproblem Trittbrettfahrer und «kleine Scherzkekse» sind oder nicht doch ein methodisches Vorgehen dahintersteckt.

die Täter einen Ort tatsächlich in die Luft sprengen und grösstmöglichen Schaden anrichten wollten, würden sie dies wohl kaum vorher ankündigen. Warum also spart man sich nicht den Aufwand und die Probleme einer Evakuierung?

Für Markus Melzl, ehemaliger Kriminalkommissar in Basel, stellt sich die Frage jedoch nicht: Solche Drohungen müsse man «immer ernst nehmen», schreibt er. Es wäre aus seiner Sicht «sträflich», zu sagen: «Da ist schon einige Male nichts passiert, jetzt wird wohl auch nichts passieren.» Man komme zwar nicht umhin, auch Jux-Anrufe in die

Lagebeurteilung miteinzubeziehen. «Dennoch muss man aufgrund der aktuellen Lage mit allem rechnen.» Es sei ja nicht von vornherein klar, was die Überlegungen der Täterschaft seien.

— Was steht in den Drohmails?

In Frankreich erhalten Flughäfen und andere öffentliche Einrichtungen die Drohung oft via Mail. Die Schreiben sähen sich Tag für Tag ähnlich, sagte der französische Verkehrsminister Clément Beaune am Sonntag in einem Interview. Nicht selten treffen die Mails gleichzeitig bei verschiedenen Adressaten ein. Was den genauen Inhalt angeht, halten sich die Behörden bedeckt. Sie warnen jeweils schlicht vor einer «Bombendrohung».

In Deutschland sind die Sendungen in verschiedenen Sprachen verfasst, auf Englisch und Arabisch, manche in Teilen auf Deutsch, wie die «Süddeutsche Zeitung» berichtet. Die Textbausteine seien oft wortgleich.

Der Münchner «tz» soll eine Drohmail vorliegen, die an eine Schule adressiert war. Die Zeitung zitiert daraus: «Hallo, wir freuen uns, ankündigen zu können, dass Ihr Gebäude im Namen der Hamas gesprengt wird.» Dass tatsächlich die Hamas oder eine andere Terrororganisation dahinterstecke, sei aber zweifelhaft,

schreibt die «Süddeutsche Zeitung» unter Berufung auf Sicherheitskreise.

— Wer sendet die Drohschreiben?

In Frankreich gibt es bereits mehrere Festnahmen: Ein 37-jähriger Mann wurde kürzlich zu acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, weil er vor einer Bombe im Schloss Versailles gewarnt hatte. Es war die einzige Bombendrohung, die per Telefon erfolgte, während die anderen auf einer Regierungswebsite gepostet worden waren, wie französische Medien schreiben.

Im Städtchen Saint-Ouen-l'Aumône soll ein Gymnasiast für zwei Bombendrohungen verantwortlich sein. In Rennes wurde ein Gymnasiast nach einer vorläufigen Festnahme wieder freigelassen: Es stellte sich heraus, dass sein Schulkonto gehackt und für eine Bombendrohung missbraucht worden war.

Die Fälle illustrieren die Gefahr von Trittbrettfahrern, nicht aber unbedingt den Kern des Problems. Diesen verorten die französischen Behörden derzeit in der Schweiz. Genauer: beim Schweizer Techunternehmen Proton Mail, das «eine bessere Welt mit Privatsphäre und digitaler Freiheit» verspricht. Gemäss dem französischen Verkehrsministerium wird für die

Drohungen «fast immer dieselbe Mail-Adresse» dieses Anbieters verwendet.

— Agieren die Urheber von der Schweiz aus?

Dieser Schluss lässt sich bislang nicht ziehen: Ein Proton-Konto lässt sich auch ausserhalb der Schweiz nutzen. Frankreich möchte an die Daten der fraglichen Accounts kommen, steht hierbei aber vor Herausforderungen: Das Nachbarland kann die Daten nicht so ohne weiteres einfordern, sondern ist auf grünes Licht der Schweizer Behörden angewiesen. Zweitens weiss Proton selbst nicht alles über seine Kunden, wirbt das Unternehmen doch mit Privatsphäre.

Der französische Anwalt und Cyberexperte Alexandre Archambault zeigt sich auf X (vormals Twitter) zuversichtlich: In der EU werde ein sicherer Internetdienst «niemals absolute Anonymität für seine Nutzer bedeuten». Und die Schweiz habe sich 2001 mit der sogenannten Budapest-Konvention zur internationalen Zusammenarbeit bei Fragen der Cyberkriminalität verpflichtet. Frankreich könnte sich zum Beispiel mit einem Rechtshilfeersuchen an die Schweiz wenden. Bislang ist aber noch nichts von einem solchen bekannt.

— Was motiviert die Täter?

Der französische Justizminister Eric Dupond-Moretti versprach, dass die «kleinen Scherzkekse, die ihre Freude an den falschen Drohungen haben, gefunden» und «bestraft» würden. Den Urhebern drohen bis zu zwei Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 30'000 Euro. Die Strafe kann – zum Beispiel im Wiederholungsfall – erhöht werden.

Offen ist, ob das Hauptproblem Trittbrettfahrer und «kleine Scherzkekse» sind oder nicht doch ein methodisches Vorgehen dahintersteckt. So schliessen die deutschen Sicherheitsbehörden laut «Süddeutscher Zeitung» ein «extremistisches Ziel» nicht aus. Möglicherweise handle es sich um eine gesteuerte Kampagne, um die Bevölkerung zu verunsichern. Mit Betonung auf «möglicherweise» – bestätigt ist nichts.

— Müssen wir uns an die Bombendrohungen gewöhnen?

Das kann niemand sagen. Ex-Kriminalkommissar Markus Melzl meint, die Chance, eine Täterschaft über eine E-Mail-Adresse aufzufindig zu machen, sei «intakt». Dennoch sei davon auszugehen, «dass hier wohl nicht alles so einfach ablaufen dürfte und man schlussendlich irgendwo in einer Sackgasse landet».

Aber vielleicht gebe es noch ganz andere Anknüpfungspunkte und Ermittlungsansätze, «welche auch polizeiseits nicht kommuniziert werden, um eine Täterschaft nicht vorzuwarnen». Zu prognostizieren, ob die Bombendrohungen in den nächsten Wochen und Monaten weitergingen, sei «schwierig».